

Projektbericht: Medienwirkungen in der internationalen Politik: Zusammenhänge zwischen Presse und Außenpolitik am Beispiel der Vertragsverhandlungen mit Polen 1969/70

Früh, Werner; Grimm, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Früh, W., & Grimm, J. (1980). Projektbericht: Medienwirkungen in der internationalen Politik: Zusammenhänge zwischen Presse und Außenpolitik am Beispiel der Vertragsverhandlungen mit Polen 1969/70. *ZUMA Nachrichten*, 4(6), 41-52. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-210689>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

PROJEKTBERICHT: MEDIENWIRKUNGEN IN DER INTERNATIONALEN POLITIK

Zusammenhänge zwischen Presse und Außenpolitik am Beispiel der Vertragsverhandlungen mit Polen 1969/70

Medienwirkungen sind längst selbstverständlicher Bestandteil unseres Alltags. So wenig anzweifelbar diese allgemeine Feststellung sein dürfte, so sehr umstritten ist die Frage nach der spezifischen Rolle und Bedeutung von Medienwirkungen im Kontext anderer Faktoren. Dies gilt insbesondere für die Einwirkungen der Medien auf außenpolitische Ereignisse. Die Vielfalt der Vermutungen über die Zusammenhänge von Massenmedien und Außenpolitik steht in keinem Verhältnis zu Versuchen, durch empirische Nachweise solche Zusammenhänge wirklich zu belegen. Diesem Mißverhältnis will das Münsteraner Projekt "Medienwirkungen in der internationalen Politik"¹⁾ begegnen. Es wird von ZUMA beraten und in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe durchgeführt. Ziel ist es, den Einfluß von Massenmedien auf außenpolitische Entscheidungen an Hand der Presseberichterstattung zu den Polenveträgen bzw. den Vertragsverhandlungen 1969/70 empirisch zu untersuchen. Dabei sollen Funktionsmechanismen in der Interaktion zwischen Journalisten und Außenpolitikern aufgedeckt werden.

Problemstellung

- (1) Beschleunigen oder verlangsamen die Massenmedien außenpolitische Entscheidungs- und Handlungsprozesse?
- (2) Können Massenmedien die Gruppe der entscheidungs- und handlungsrelevanten Außenpolitiker vergrößern oder verkleinern?
- (3) Modifizieren oder determinieren sie gar die außenpolitischen Entscheidungen und Handlungen?

Dies waren die drei Ausgangsfragen. In Bezug auf die erste dieser Fragen bestand das wichtigste Problem darin, einen Indikator festzusetzen, der die Messung von "Beschleunigung oder Verlangsamung des Verhandlungsprozesses" ermöglicht. Ein Vergleich der zeitlichen Planung der Verhandlungspartner mit dem tatsächlichen zeitlichen Ablauf wäre wünschenswert gewesen, kam aber aufgrund der Unzugänglichkeit entsprechender Quellen nicht in Frage. Laut Pretestergebnissen gibt es auch gar keine detaillierte, schriftlich fi-

xierte Zeitplanung. So mußte auf subjektive Wahrnehmungen von Verhandlungsteilnehmern bzw. kompetenten Beobachtern, auf deren Artikulation in der damaligen Presseberichterstattung oder aber auf die Erinnerung von Außenpolitikern und Journalisten zurückgegriffen werden. Die modifizierte erste Frage lautet dann: Lassen sich Zusammenhänge erkennen zwischen der Bewertung des Verhandlungstempos durch Außenpolitiker bzw. Journalisten und der Presseberichterstattung?

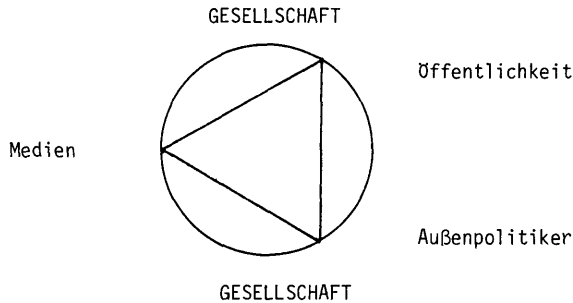
Weniger problematisch ist die Operationalisierung von Pressewirkungen auf Größe und Zusammensetzung der Gruppe von Außenpolitikern, die die Polenverhandlungen trugen. Entscheidungsträger und Verhandlungsdelegation sind personell fast lückenlos dokumentiert. Somit können personelle Änderungen im Sinne der zweiten Frage ohne weiteres analysiert und in den Zusammenhang der Presseberichterstattung gestellt werden.

Die letzte der drei Ausgangsfragen ist zugleich die wichtigste und schwierigste. Inhaltliche Einflüsse der Presseberichterstattung auf das Ergebnis der Vertragsverhandlungen sind schwer nachzuweisen, weil sie vom Einfluß ganz anderer Faktoren kaum zu trennen sind. Hier muß man sich auf die Frage beschränken, wie oft inhaltliche Schwerpunkte der Presseberichterstattung analogen Schwerpunkten beim Verhandlungsprozeß unmittelbar vorausgehen. Aus der Menge solcher Entsprechungen sind Rückschlüsse auf inhaltliche Wirkungen der Presseberichterstattung möglich.

Da es sich bei der Presseberichterstattung zu den Polenverhandlungen um einen historisch abgeschlossenen Fall handelt, das Verhandlungsergebnis somit bekannt ist, zudem der Verhandlungsprozeß bereits ausführlich analysiert wurde²⁾, kann die Untersuchung der Zusammenhänge von Medien und Außenpolitik auf relativ gesicherte Informationen über einen Teil des Untersuchungsobjekts zurückgreifen. Dies ist angesichts der kargen Datenbasis über politische Eliten - insbesondere im Hinblick auf ihr Medienverhalten - ein wichtiger Vorteil. Gleichzeitig sind damit die Grenzen der Untersuchung aufgezeigt. Am historischen Beispiel lassen sich zwar vermutete Wirkungen der Presse auf die Polenverhandlungen plausibel machen, aber stringente Beweise sind schwierig. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Randbedingungen unter Umständen eine Rolle spielten, die sich nachträglich nicht systematisch kontrollieren lassen.

Wie alle Medienwirkungen lassen sich auch jene im Bereich der Außenpolitik nicht als "Einbahnstraße" im Sinne eindeutiger Kausalzusammenhänge auffassen. Erstens sind sie eingebettet in das gesellschaftliche Subsystem Außenpolitik mit seinen internen und externen Einflußkanälen, die Medienwirkungen überlagern und modifizieren (multidimensionale Interaktion). Zweitens wirken Medien nicht nur auf außenpolitische Entscheidungen, sondern umgekehrt nehmen Außenpolitiker auch Einfluß auf Medien (Rollentausch). Drittens schließlich publizieren Medien nicht primär für Politiker, sondern für die Gesamtbevölkerung und deren unterschiedliche Interessen (intervenierende Variable).

Fig. 1



Es besteht also ein höchst komplexes Beziehungsdreieck (vgl. Fig. 1): Medien - Öffentlichkeit - Außenpolitiker. Trotz dieser Komplexität kann man aus der hier formalisierten Grundstruktur eine Reihe von Hypothesen über die Funktion der Massenmedien bei außenpolitischen Entscheidungen ableiten bzw. in das Modell einordnen.

1. Ressourcenfunktion:

Die Massenmedien liefern dem Außenpolitiker Informationen über die Wahrnehmung ihrer Politik durch die Öffentlichkeit. Zugrunde liegt die Annahme, daß die Medien in parlamentarischen Demokratien mit Einschränkung Meinungen in der Wahlbevölkerung widerspiegeln bzw. beeinflussen. Die öffentliche Meinung nun setzt den Außenpolitikern interne Rahmenbedingun-

gen für die Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele sowie für eine eventuelle Wiederwahl. Entsprechend kann man als Hypothese formulieren: Außenpolitiker nutzen Medien als Mittel für die Wahrnehmung, Analyse und Einschätzung innenpolitischer Vorgänge.

2. Innovationsfunktion:

Die Massenmedien verändern unter Umständen qualitativ den Entscheidungsprozeß. Außenpolitiker werden durch die Medien entweder in ihrer Politik bestätigt oder kritisiert. Da den Außenpolitikern Medienaussagen aus den erwähnten Gründen nicht gleichgültig sind, können Medien der Außenpolitik in bestimmten Situationen neue Impulse verleihen und so die Richtung der Außenpolitik verändern.

3. Operative Funktion:

Außenpolitiker benutzen Massenmedien instrumentell im außenpolitischen Entscheidungsprozeß sowie bei der Durchsetzung außenpolitischer Ziele. Häufig lassen sie gezielte Informationen über Medien verbreiten, um etwa dem außenpolitischen Partner Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren oder die Öffentlichkeit für den verfolgten außenpolitischen Kurs geneigt zu machen.

Die genannten Funktionen bezeichnen mögliche Wirkungen der Massenmedien in der Außenpolitik. Sie sollen am Beispiel der Presseberichterstattung zu den Polenverhandlungen auf ihre tatsächliche Realisierung hin überprüft werden.

Methoden

Methodisch werden für die Fallanalyse von Pressewirkungen auf die Polenverhandlungen drei Ebenen unterschieden. Jede der drei Ebenen ist als Zeitreihe konzipiert, die nachträglich interpretativ in Zusammenhang gebracht werden können:

1. Presseberichterstattung zu den Polenverhandlungen (Inhaltsanalyse);
2. Nutzung und Einschätzung der Presseberichterstattung durch Außenpolitiker (Befragung);
3. Verhandlungsprozeß (historische Rekonstruktion).

1. Die erste Ebene wird durch eine Inhaltsanalyse aller Artikel mit Bezug zu den Polenverhandlungen in wichtigen überregionalen Presseorganen untersucht. Analysezeiträume sind: 15.5. - 20.5.69, 25.10. - 31.10.69, 20.11. - 30.11.69, 20.12. - 31.12.69 und das Jahr 1970 vollständig. Die Analysezeiträume für 1969 orientieren sich an wichtigen Ereignissen der dritten Ebene. Für 1970 wird an den ausgewählten Presseorganen eine Gesamterhebung durchgeführt. Bei der Stichprobe der Zeitungen handelt es sich im wesentlichen um die sogenannte Prestigepresse, die nach den Pretestergebnissen von außenpolitischen Eliten am intensivsten gelesen wird: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Neue Zürcher Zeitung, Der Spiegel und Die Zeit. Ergänzt wurde diese Auswahl durch die Bildzeitung. "Bild" hat wegen ihrer großen Verbreitung besondere Bedeutung hinsichtlich der Ressourcenfunktion.
2. Das Medienverhalten der Außenpolitiker im allgemeinen sowie ihre Nutzung und Einschätzung der Presseberichterstattung zu den Polenverhandlungen im besonderen (zweite Ebene) wird durch eine schriftliche Befragung einer Auswahl von 1969/70 aktiven Bundestagsabgeordneten und Beamten einschlägiger Ministerien erhoben. Ein analog konstruierter Fragebogen richtet sich an Journalisten. Auf diesem Weg können Erkenntnisse über die Interaktion von Medien und Außenpolitikern gewonnen werden.
3. Der Verhandlungsprozeß zum Polenvertrag 1969/70 (dritte Ebene) wird mit einer historischen Quellenanalyse rekonstruiert.

Mit diesem Untersuchungsdesign lassen sich Fragen folgenden Typs beantworten:

- a. Welche Argumente der Presseberichterstattung stehen im Zusammenhang mit zeitlichen Verzögerungen bzw. punktuellen Durchbrüchen im Verhandlungsprozeß?
- b. Gehen inhaltlichen Argumentenverlagerungen im Verhandlungsprozeß analoge Argumentenverlagerungen in der Presseberichterstattung voraus oder hinkt letztere hinterher?
- c. Konvergieren oder divergieren Tendenzen der Presseberichterstattung mit

Parteizugehörigkeit und Einstellung der Außenpolitiker zu den Polenverhandlungen?

- d. Stimmt die Tendenz der Presseberichterstattung mit ihrer Einschätzung durch die Außenpolitiker überein?
- e. Inwieweit erklären die Tendenzen der Presseberichterstattung die mögliche Differenz zwischen Zielsetzung der Außenpolitiker bei Verhandlungsbeginn und dem Verhandlungsergebnis?

Nehmen wir z.B. an, daß mehrere wichtige Argumente zu einem bestimmten Zeitpunkt besonders häufig in der Presse auftreten. Etwas später kommt es im Verhandlungsprozeß zu einer Verhärtung der Verhandlungspositionen. Es entsteht eine schwierige Situation, die Verzögerungen nach sich zieht und unter Umständen die Verhandlungen prinzipiell in Frage stellt. Die Analyse der Verhandlungen ergibt, daß es um Probleme geht, die zuvor von der Presse behandelt wurden. Inhaltsanalyse und Befragung zeigen, daß die fraglichen Argumente und Probleme überwiegend in jenen Presseorganen publiziert wurden, die von den in den Polenverhandlungen aktiven Außenpolitikern am häufigsten gelesen und am meisten positiv bewertet werden.

Aus diesem Beispiel lassen sich vier Plausibilitätskriterien für die Wirkungshypothese entwickeln, daß u.a. die Presse den Verhandlungsprozeß in diesem bestimmten Fall verzögerte:

1. Häufigkeit des Auftretens von Argumenten in der Presse;
2. zeitliche Verschränkung von Verzögerungen im Verhandlungsprozeß, für die
3. Probleme verantwortlich sind, die den Argumenten unter 1. entsprechen.
4. Hohe Nutzung und Glaubwürdigkeit bei Außenpolitikern derjenigen Presseorgane, die die Argumente unter 1. am intensivsten vertreten.

Die Inhaltsanalyse und die schriftliche Befragung werden unter maßgeblicher Beteiligung von ZUMA durchgeführt. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung des methodischen Instrumentariums. Im folgenden sollen deshalb Inhaltsanalyse und Fragebogen ausführlicher dargestellt werden.

Inhaltsanalyse

Methodisches Kernstück der Inhaltsanalyse ist das Kategoriensystem. Es erfaßt erstens Merkmale, die auf den gesamten Artikel bezogen sind, wie Publikationsorgan, Erscheinungsdatum, Verfasser, Plazierung, Form, politische Gesamttendenz. Zum zweiten mißt es die Argumentenstruktur des Artikels. Dazu findet ein Argumentenkatalog mit 154 Einzelargumenten, geordnet nach 11 Themenbereichen Verwendung. Insgesamt entstanden neun Codebücher, die in ständiger Konfrontation mit einer geschichteten Zufallsstichprobe von 80 Artikeln des Untersuchungsmaterials modifiziert und bis zur Endfassung gebracht wurden. Aufgrund des höchst komplexen Argumentenkatalogs war eine weit über das übliche hinausgehende Vercoderschulung (ca. 10 Wochen) nötig.

Der Argumentenkatalog ist der wichtigste Teil des Kategoriensystems. Er unterscheidet allgemeine Argumente, die Themenbereichen entsprechen, und darunter subsumierte spezifische Argumente. Hier die thematische Gliederung des Katalogs:

1. Historische Rahmenbedingungen
 2. Internationale Rahmenbedingungen
 3. Innere Probleme/Innenpolitik Polens
 4. Innere Probleme/Innenpolitik/innenpolitisches Klima der Bundesrepublik
 5. Vertragsverhandlungen
 - 5.1. Faktischer Ablauf, Stand, zeitliche Verzögerungen der Vertragsverhandlungen
 - 5.2. Hindernisse, Aussichten, Bewertungen der Vertragsverhandlungen
 - 5.3. Strategie, Ziele, Konzepte der Vertragsverhandlungen
 6. Grenzfrage
 - 6.1. Realität der Grenze
 - 6.2. Grenzformel
 - 6.3. Folgen der Grenzregelung
 7. Aussöhnung und Frieden zwischen Polen und Deutschen
 8. Humanitäre Fragen (Familienzusammenführung)
 9. Wirtschaftliche Beziehungen
 10. Informationspolitik zum Polenvertrag
 11. Kulturelle Beziehungen
-

12. Sonstige Themen

Der Argumentenkatalog erfaßt alle Themen und Argumente, die in der Presse bezüglich der deutsch-polnischen Verhandlungen 1969/70 durch die ausgewählten Zeitungen im Untersuchungszeitraum veröffentlicht wurden. Davon sind die wirkungsrelevanten und die wichtigsten deskriptiven Argumente alle einzeln und inhaltlich identifizierbar ausgewiesen, die weniger wichtigen deskriptiven Argumente nur, nach Themen spezifiziert, in Sammelkategorien zusammengefaßt.

Themen und Argumente sind nicht an formale Texteinheiten wie Wörter, Sätze oder Abschnitte gebunden. Sie können in unterschiedlicher sprachlicher Form auftreten. Die Argumentenkategorien mußten deshalb im wesentlichen semantisch definiert werden, um die tatsächliche Sinnstruktur adäquat abzubilden. Typisch für Argumente ist, daß sie zwei oder mehrere inhaltliche Aspekte eines Sachverhalts in einen logischen und/oder wertenden Zusammenhang bringen. Im Argumentenkatalog liegen sie als paradigmatische Formulierung vor, die in der Regel mehrere notwendige oder fakultative Indikatoren mit einem bestimmten inhaltlichen Bezug zueinander aufweisen. Z.B. "Westdeutsche Polenpolitik ist ein Beitrag zur Entspannung". Um diese Argumentenkategorie bei der Vercodung zu vergeben, müssen im Text sowohl die westdeutsche Polenpolitik als auch die "Entspannung" angesprochen sein, und zwar so, daß das erste als Beitrag zum zweiten ausgesagt wird.

Um die eindeutige Anwendung der Argumentenkategorien auf sprachlich vielgestaltige Textvarianten zu erleichtern, wurden einzelne Argumentenindikatoren durch eine Liste äquivalenter Ausdrücke operationalisiert (z.B. "Aussöhnung" durch die äquivalenten Ausdrücke: "Annäherung", "Ausgleich", "besseres Verständnis füreinander" etc.). Außerdem sind jedem Argument Textbeispiele beigelegt, die typische Ausprägungen oder Grenzfälle repräsentieren.

Da die Inhaltsanalyse nicht nur die Häufigkeit der Argumente messen, sondern unter dem Wirkungsaspekt auch Argumentationszusammenhänge erfassen sollte, ordnen die Vercoder jedem Argument im Artikel genannte "Akteure" und "Interaktionsakteure" zu. "Akteure" sind Vertreter des Arguments, "Interaktionsakteure" die Adressaten. Weiterhin werden die Argumente nach ihrer "politischen Tendenz" und "Wichtigkeit" bewertet. Die "politische Tendenz"

ist definiert durch das Ausmaß, in dem die Polenverhandlungen im Argument befürwortet werden. "Wichtigkeit" meint den Stellenwert, der einem Argument innerhalb der Argumentenstruktur zukommt. Mit dieser inhaltsanalytischen Strategie lassen sich zunächst deskriptiv Karrieren einzelner Argumente oder von Argumentengruppen in einer Zeitreihenanalyse darstellen, aus der inhaltliche Verschiebungen in der Polenberichterstattung erkennbar werden. Ein gehäuftes gemeinsames Auftreten von Argumenten in der Presse bringt interne Argumentationszusammenhänge der Diskussion um die Polenverhandlungen zum Ausdruck. Sie können statistisch rekonstruiert werden. Da Argumentationszusammenhänge immer von bestimmten Personen vertreten werden, ermöglicht die Auszählung der Argumente nach "Akteuren" ebenfalls eine Bündelung von Argumenten, die reale Argumentationszusammenhänge repräsentieren. Auf der inhaltsanalytischen Deskription der Presseberichterstattung zu den Polenverhandlungen werden gemäß dem Untersuchungsziel Wirkungsprognosen aufgebaut. Die Häufigkeit und Wichtigkeit der Argumente gibt einen ersten Aufschluß über die Wirkungspotenz bestimmter Inhalte der Presseberichterstattung, denen die Außenpolitiker ausgesetzt waren. Mit der Kategorie "politische Tendenz" (Befürwortung/Ablehnung der Polenverhandlungen) läßt sich die vermutliche Wirkungsrichtung der Argumente im Verhandlungsprozeß (Förderung oder Behinderung der Polenverhandlungen) bestimmen. Da auch die "Akteure" und "Interaktionsakteure" der Argumente ermittelt werden, kann man die intendierte Wirkungsrichtung personell präzisieren. Dies alles erlaubt allerdings noch keinen Schluß auf tatsächliche Wirkungen.

Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse werden schließlich mit den Daten der Befragung und der Analyse des Verhandlungsprozesses verglichen, um zu Aussagen über mögliche Wirkungszusammenhänge zu kommen.

Schriftliche Befragung

Die schriftliche Befragung von Außenpolitikern, Beamten und Journalisten zielt primär darauf, die Wirkungshypothesen aus der Inhaltsanalyse durch die Erhebung originärer Daten der betroffenen Akteure zu stützen. Außerdem sollen allgemeine quantitative und qualitative Daten zur Mediennutzung von außenpolitischen Akteuren gewonnen werden, die weiterer Forschung nützlich sind.

Die Befragung richtet sich an eine genau definierte Zielgruppe:

1. Außenpolitiker im allgemeinen (einschließlich der Ministerialbeamten).
2. Außenpolitiker, die an dem politischen Ziel- und Entscheidungsfindungsprozeß der deutsch-polnischen Verhandlungen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren.
3. Journalisten, die schwerpunktmäßig im Bereich Außenpolitik tätig sind (nur Medien des inhaltsanalytischen Samples).
4. Journalisten, die schwerpunktmäßig über die deutsch-polnischen Verhandlungen berichtet haben.

Alle angeschriebenen Akteure umfassen zusammen ca. 200 Personen. Die Fragebögen wurden für die unterschiedlichen Zielgruppen analog mittels eines "Scherenmodells" konzipiert. Dabei werden Fragen, die den Erlebnis- und Handlungsbereich der außenpolitischen Akteure (Zielgruppe 1 und 2) betreffen, auch den Journalisten (Zielgruppe 3 und 4) gestellt und zwar als Einschätzungsfragen. Die Fragebögen für alle vier Zielgruppen enthalten einen allgemeinen Teil zur Mediennutzung. Den Befragten der Zielgruppen 2 und 4 wurden zudem gleichlautende Fragen zu den deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen vorgelegt.

Im folgenden ist das Variablensystem des Fragebogens für die Zielgruppe 2 (Außenpolitiker) stichwortartig dokumentiert. Ihm liegt eine logische Struktur zugrunde, die für die anderen Zielgruppen entsprechend angepaßt wurde:

Allgemeiner Teil

1. Mediennutzungsverhalten
 2. Interesse und Motive bei der Lektüre außenpolitischer Zeitungsbeiträge
 3. Qualifizierung der Presseorgane nach ihrer außenpolitischen Berichterstattung
 4. Funktion außenpolitischer Zeitungsbeiträge
 5. Informationsquellen der Außenpolitiker und Journalisten
 6. Persönliche Beziehung von Außenpolitikern und Journalisten
 7. Nachrichtenwerte außenpolitischer Ereignisse
 8. Operative Funktion der Presse
-

9. Stellenwert der Presse bei außenpolitischen Entscheidungen

Spezifischer Teil zu den Polenverhandlungen

10. Einfluß der Presse auf Meinungswandel der Öffentlichkeit
11. Operative Funktion der Presse
12. Innovationsfunktion der Presse
13. Bedeutung der Verhandlungsthemen
14. Berichterstattung und Bewertung der Verhandlungsthemen in der Presse
15. Einflußreiche Außenpolitiker
16. Verhandlungstempo
17. Gründe für Verzögerungen
18. Akzeleratorwirkungen
19. Folgen von Indiskretion
20. Verhaltensweisen der parlamentarischen Opposition
21. Stellenwert der Presseberichterstattung
22. Rezeption und Wirkung der ausländischen Presse
23. Persönliche Beziehung von Außenpolitikern und Journalisten
24. Politische Richtung der Presseorgane
25. Politische Richtung der Außenpolitiker
26. Fachliche Kompetenz der Außenpolitiker

Mit der Auswahl der Zielgruppen sowie dem Zuschnitt der Fragebögen läßt sich sowohl die Interaktion von außenpolitischen Eliten und Journalisten im allgemeinen netzartig erfassen als auch die Rezeption der Presseberichterstattung zu den Polenverhandlungen durch die Außenpolitiker exemplarisch rekonstruieren. Nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Wahl eines 10 Jahre zurückliegenden politischen Ereignisses bei der Befragung Erinnerungsprobleme mit sich bringt, die für retrospektive Interviews typisch sind. Da jedoch eine Zurückhaltung der Politiker gegenüber der Öffentlichkeit und auch der Quasi-Öffentlichkeit Wissenschaft bei aktuellen, politisch brisanten Themen weit verbreitet ist, stellt das historische, schon weiter zurückliegende Beispiel der Polenverhandlungen einen sinnvollen Kompromiß dar.

Stand der Projektarbeiten

Der derzeitige Stand der Arbeiten ist für die einzelnen Teilprojekte unterschiedlich. Während die Inhaltsanalyse abgeschlossen ist, befindet sich die Befragung noch bis Ende Juni 1980 "im Felde". Von Schwierigkeiten abgesehen, die mit der Komplexität des inhaltsanalytischen Instrumentariums und der schwierigen Erreichbarkeit von Eliten bei der Befragung zusammenhängen, gab es bisher keine außergewöhnlichen Komplikationen. Dieser reibungslose Ablauf ist neben der guten Zusammenarbeit mit der Münsteraner Projektgruppe vor allem darauf zurückzuführen, daß ein Mitarbeiter der Projektgruppe als "externer Projektleiter" ständig in Mannheim arbeitet. Diese Organisation erleichtert die Bewältigung der Koordinierungsaufgaben und die inhaltliche Durchführung des Projekts. Angesichts der bisherigen positiven Erfahrungen läßt sich diese Regelung für alle ähnlich arbeitsintensiven Projekte, die die Personalressourcen von ZUMA zu stark beanspruchen würden, als Modell empfehlen.

Die Betreuung des Projekts bei ZUMA liegt in den Händen von Werner Früh, der gemeinsam mit Jürgen Grimm den vorstehenden Projektbericht verfaßt hat.

Anmerkungen

- 1) Das Projekt, finanziert von der DFG, arbeitet seit zwei Jahren. Es wird betreut von Prof. G. W. Wittkämper, Universität Münster. Mitarbeiter der Projektgruppe sind: J. Bellers; J. Grimm (wissenschaftlicher Mitarbeiter bei ZUMA); K. Wehmeier (Projektleiter); M. Heiks; K. Sondergeld.
- 2) Siehe Günther Schmid: Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik Behrend von Nottbeck, 1979.